

PP
8001 Zürich

SCHWEIZERISCHE GESELLSCHAFT
FÜR PRAKTISCHE SOZIALFORSCHUNG

UNIVERSITÄT BERN
FORSCHUNGSZENTRUM FÜR
SCHWEIZERISCHE POLITIK

Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 25. September 1977

**Analyse des votations fédérales du 25 septembre 1977*

Abstimmungsergebnisse	Ja	Nein
Volksinitiative "Mieterschutz"	796'825	1'043'798
keine Antwort	45'811	
Gegenvorschlag "Mieterschutz"	777'604	944'806
keine Antwort	164'024	
Bundesbeschluss über Volksinitiative gegen Luftverschmutzung durch Motorfahrzeuge/"Albatros"	740'842	1'157'368
Bundesbeschluss über Erhöhung der Unterschriftenzahl für Referendum	1'095'631	798'416
Bundesbeschluss über Erhöhung der Unterschriftenzahl für Verfassungsinitiative	1'068'157	815'488
Bundesbeschluss über Volksinitiative "für die Fristenlösung"	929'325	994'930

Stimmbeteiligung 51.7%

Inhalt

Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 25. September 1977 / Ergebnisse von Repräsentativumfragen in der deutschen und französischen Schweiz	2
1. Die Gegner und Befürworter der einzelnen Vorlagen	2
2. Entscheidmotive	6
3. Einstellungen und Lösungspräferenzen in der Frage des Schwangerschaftsabbruches	9
4. Kenntnisstand und Meinungsbildung	11
5. Stimmbeteiligung und Abstimmungsergebnis	14
Zusammenfassung der Hauptergebnisse	17
* Récapitulation des résultats principaux	21

Unter dem Patronat des
FORUM HELVETICUM

Zuschriften: Postfach 3158, 8023 Zürich ☎ 01 / 242 12 10

Copyright by GfS und FSP

Abdruck nicht gestattet mit Ausnahme der Zusammenfassung



Zuschriften: Postfach 3158, 8023 Zürich ☎ 01 / 242 12 10

Copyright by GfS und FSP

Abdruck nicht gestattet mit Ausnahme der Zusammenfassung

Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 25. September 1977

Ergebnisse von Repräsentativumfragen in der deutschen und französischen Schweiz

Am 25. September hatten die Stimmbürger über nicht weniger als fünf Vorlagen sowie zusätzlich über einen Gegenvorschlag zu befinden. Mit ihrem Ja zur Erhöhung der Unterschriftenzahlen und der schon fast traditionellen Absage an sämtliche vorgelegten Volksbegehren sind sie in fünf von sechs Fällen den Anträgen der Bundesversammlung gefolgt. Nur der Gegengewurf zur Meterschutz-Initiative fand keine Gnade. Für einmal war das Volk wieder gleicher Meinung wie seine Vertreter.

Dennoch wird der Blick auf die Abstimmungsergebnisse die politischen Behörden kaum in Jubelstimmung versetzt haben. Die einzelnen Entscheide sind recht knapp ausgefallen. Nur gerade im Falle der Volksinitiative "gegen die Luftverschmutzung durch Motorfahrzeuge" (Albatros-Initiative) hat die eine Seite mehr als 60% der Stimmen auf sich vereinigt. Noch entscheidender aber ist der tiefe Graben zwischen verschiedenen Teilen der Bevölkerung, der sich in den kantonalen Resultaten widerspiegelte. Die Westschweiz hat zwei der drei Volksbegehren mehrheitlich befürwortet (Meterschutz und Fristenlösung) und sich gegen eine Erhöhung der Unterschriftenzahlen ausgesprochen. Bei der Meterschutz-Initiative waren deutliche Unterschiede zwischen Stadt und Land zu erkennen. Das Problem des Schwangerschaftsabbruches hat zusätzlich die beiden konfessionellen Gruppen getrennt. Von einem Abstimmungssieg darf also nicht gesprochen werden.

In der vorliegenden Analyse wird abgeklärt, welche anderen, nur in Meinungsfragen untersuchbaren Merkmale die Entscheide zu den einzelnen Vorlagen geprägt haben. Im Zentrum unserer Untersuchung steht diesmal aber auch die Frage, ob ein Paket von sechs Vorlagen die Stimmbürger nicht überfordere. Einer Antwort näher bringt uns der Blick auf die genauen Entscheidungsmotive, auf den Kenntnisstand und die Art der Meinungsbildung. Zwei weitere Kapitel beschäftigen sich mit Einstellung und Lösungspräferenzen in der Frage des Schwangerschaftsabbruchs sowie mit der Auswirkung der Stimmbeteiligung auf das Abstimmungsergebnis.

1. Die Gegner und Befürworter der einzelnen Vorlagen

Wer hat sich wie zu den einzelnen Vorlagen ausgesprochen? Mit einem statistischen Prüfverfahren haben wir für jede Vorlage abgeklärt, welche politisch aufschlussreichen Merkmale einen Einfluss auf das Abstimmungsverhalten

besaßen. Die Ergebnisse sind in Tabelle 1 zusammengestellt. Eine auffallend starke Beziehung zwischen dem entsprechenden Merkmal und dem Stimmverhalten ist mit zwei Sternen gekennzeichnet. Ein einzelner Stern deutet auf einen schwächeren, statistisch aber immer noch signifikanten Zusammenhang. (Signifikanzniveaus: ** 0,001; * 0,1):

Tabelle 1 Das Gewicht einzelner Merkmale für den Entscheid zu den fünf Vorlagen (*)

Merkmal	Vorlage				
	Mieterschutz	Gegenvorschlag	Albatros	Unterschriften	Fristenlösung
Geschlecht					*
Alter					*
Sprachgruppe	**	*		*	*
Siedlungsart	**	*	**		*
Beruf	**	*	*		*
Konfession					**
Parteisympathie	**	**	**	**	**
Pol. Integration	*	*		*	

* Zwischen den beiden Bundesbeschlüssen über die Erhöhung der Unterschriftenzahl für das Referendum bzw. die Verfassungsinitiative ist nicht differenziert worden.

Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Sprach- und Wohnregion (Stadt/Land, der Beruf, die Parteisympathie sowie das Ausmass der politischen Integration haben den Entscheid bei fast allen Vorlagen geprägt. Für die Fristenlösunginitiative kommen das Geschlecht, das Alter und die Konfession dazu. Die statistisch signifikanten Merkmalsgruppen haben wir weiter analysiert. In Tabelle 2) ist ersichtlich, wie sich die einzelnen Gruppen zu den verschiedenen Vorlagen ausgesprochen haben. Die Zahlen sind korrigiert, d.h. die verweigerten Antworten wurden im Verhältnis der Ja/Nein Stimmen auf die beiden Kategorien aufgeteilt. Bei den Merkmalsgruppen Beruf, Parteisympathie und Politische Integration sind jeweils nur jene Untergruppen aufgeführt, deren Stimmverhalten am auffallendsten vom Durchschnitt (Total) abweicht:

Die Mieterschutz-Initiative ist vor allem in der Westschweiz sowie in vorwiegend städtischen Regionen auf Sympathien gestossen. Diese Tatsache liess sich schon in den kantonalen Abstimmungsergebnissen erkennen. Der Vorlage mehr-

Tabelle 2 Das Stimmverhalten der einzelnen Merkmalsgruppen

Vorlage	Befürworter (Anteil an Ja in %)	Gegner (Anteil an Nein in %)
Mieterschutz	Total (48) Westschweiz (64) Stadt (56) Untere Ang./Beamte (65) SP (69), PdA (100) Pol. Integration Tief (57)	Total (52) deutsche Schweiz (58) Land (62) Leitende Ang./Beamte (65) Landwirte (73) FdP, SVP (69) Pol Integration Hoch (61)
Gegenvorschlag	Total (34) deutsche Schweiz (38) Land (41) Landwirte (50) SVP (59), CVP (52) Pol. Integration Hoch (40)	Total (66) Westschweiz (77) Stadt (71) Untere Ang./Beamte (78) SP (81), PdA (100), LdU (71) Pol. Integration Tief (85)
Albatros	Total (44) Stadt (52) Ang./Beamte in mittleren Positionen (53) SP (61), PdA (79), Rep/ NA (83)	Total (56) Land (67) Landwirte (75), Leitende Ang./ Beamte (64) FdP (77), CVP (75), SVP (74)
Unterschriften	Total (62) deutsche Schweiz (65) FdP (85), SVP (75), CVP (75) Pol. Integration Hoch (74)	Total (38) Westschweiz (47) SP (61), PdA (71), Rep/NA (100) Pol. Integration Tief (49)
Fristenlösung	Total (48) Mann (53) 20-39 Jahre (58) Westschweiz (60) Stadt (54) Leitende Ang./Beamte(58) Protestanten (65) SP (69), PdA (71), SVP (69)	Total (52) Frau (57) 65-84 Jahre (68) deutsche Schweiz (56) Land (59) Landwirte (59), Arbeiter (56) Katholiken (72) CVP (94)

heitlich zugestimmt haben aber auch die Angehörigen der mittleren und unteren Berufskategorien sowie die Anhänger der SP, der PdA und des Landesrings. Den höchsten Nein Stimmenanteil verzeichneten die Landwirte. Mit ihnen verwarfen die Sympathisanten der FdP und SVP am deutlichsten.

Rund die Hälfte der Gegner der Mieterschutz-Initiative hat auch den Gegenvorschlag abgelehnt (48%). In dieser Gruppe besonders stark vertreten sind die leitenden Angestellten/Beamten und die Anhänger der FdP. Auf der anderen Seite haben die Landwirte und die Bewohner ländlicher Gebiete ganz allgemein, zusammen mit den Sympathisanten der SVP und CVP, den Gegenvorschlag des Bundesrates als Alternative akzeptiert. Die "unheilige" Allianz der Befürworter der Volksinitiative mit den Gegnern einer jeglichen Änderung der bestehenden Gesetzgebung vermochten sie aber nicht zu überstimmen.

Die Albatros-Initiative hat in städtischen Regionen recht viele Anhänger gefunden. Zwei Drittel der Bewohner ländlicher Gebiete haben das Volksbegehren aber abgelehnt. Die Bedeutung der Wohnregion zeigt sich auch in den Berufskategorien. Landwirte, selbständig Erwerbende und leitende Angestellte/Beamte bewohnen überdurchschnittlich jene Siedlungsräume, die durch Motorfahrzeugummission weniger betroffen werden.

Der Entscheid über eine Erhöhung der Unterschriftenzahlen ist stark parteipolitisch gefärbt. Die unmittelbare Interessenlage des Stimmbürgers besass keinen direkten Einfluss auf sein Abstimmungsverhalten (Merkmal:Beruf0). Neben den SP-Sympathisanten haben sich vor allem die Anhänger der kleineren Parteien deutlich gegen den neuen Verfassungsartikel ausgesprochen. Opposition kam aber auch von einer anderen Minderheit: Fast die Hälfte der befragten Westschweizer ist mit einer Erhöhung der Unterschriftenzahlen nicht einverstanden.

Mit einer Ausnahme (Politische Integration) haben alle der von uns geprüften Merkmale den Entscheid zur Fristenlösung beeinflusst. Interessant ist natürlich das Stimmverhalten der "direkt Betroffenen". 57% der Frauen, die sich am 25. September an die Urnen begaben, haben die Fristenlösungs-Initiative abgelehnt. Von 53% der Männer wurde sie befürwortet. Das eindeutig wichtigste Merkmal ist aber die Konfession. Drei Viertel der Katholiken stimmten Nein; zwei Drittel der Protestanten legten ein Ja in die Urnen. Die neben den Katholiken höchsten Nein Anteile verzeichneten die Bewohner ländlicher Gebiete, die älteren Stimmbürger sowie die Angehörigen unterer Berufskategorien. Die schon in anderen Untersuchungen aufgedeckte Tatsache, dass die Arbeiterschaft der Initiative eher ablehnend gegenüberstand, wird somit auch mit unseren Ergebnissen bekräftigt (1). Eine zwar erwartete, in diesem Ausmass aber doch erstaunliche Stimmdisziplin bewiesen die Anhänger der CVP. 94% haben die Initiative abgelehnt. Demgegenüber sind nur 59% der FdP-Sympathisanten dem Rat ihrer Partei gefolgt. Ihr Ja Stimmenanteil blieb damit sogar unter demjenigen der SVP, einer Partei also, die Stimmfreigabe beschlossen hatte.

2. Entscheidungsmotive

Wenn der Stimmbürger nicht mehr in der Lage ist, sich mit den einzelnen Abstimmungsvorlagen materiell auseinanderzusetzen, läuft die direkte Demokratie Gefahr, zu einem reinen Schlagwortgeplänkel reduziert zu werden. Von verschiedener Seite wurde denn auch die Befürchtung geäußert, dass das Studium von sechs Vorlagen allein schon die zeitlichen Möglichkeiten der meisten Bürger übersteige. Das Abstimmungsergebnis scheint dazu angetan, derartige Bedenken zu zerstreuen. Die Stimmbeteiligung war relativ hoch (52%), und die Antwort des Soveräns ist äusserst differenziert ausgefallen. Wenn wir uns allerdings genauer mit den Motiven befassen, die den Einzelnen zu einem Ja oder Nein bewegt haben, ergibt sich ein anderes Bild. Ganz offensichtlich haben viele Stimmbürger sich nur mit einzelnen, sie speziell interessierenden Vorlagen genauer befasst. Bei den anderen wurde "nach Gefühl" entschieden oder dem Ratschlag einer Bezugsgruppe vertraut. Das beste Beispiel dafür ist der Gegenvorschlag zur Mieterschutz-Initiative. Über die Hälfte der Befragten konnten ihren Entscheid nicht begründen. Bei einzelnen Merkmalsgruppen liegt dieser Anteil sogar bei über zwei Drittel der Urnengänger. Wie hoch der entsprechende Prozentsatz bei den übrigen Vorlagen ist und welche materiellen Motive am häufigsten genannt wurden, ist in Tabelle 3 ersichtlich. Aufgeführt sind neben dem Anteil an undifferenzierten bzw. "Weiss nicht" Antworten die jeweils drei wichtigsten Entscheidungsmotive der Befürworter und Gegner der Vorlage. In Klammern dahinter der Anteil an Nennungen in % sowie Merkmalsgruppen, die das entsprechende Argument klar überdurchschnittlich erwähnt haben.

Neben dem Gegenvorschlag ist offensichtlich auch die Mieterschutz-Initiative selbst von vielen Urnengängern nicht genauer unter die Lupe genommen worden. Ein Drittel der Gegner der Vorlage konnte ihr Nein nicht begründen. Für weitere 17% geht die Initiative ohne weitere Erklärungen "zu weit". Aber auch die 59% der Befürworter, die mit ihrem Ja einen "besseren Schutz für die Mieter" anvisierten, müssen sich deswegen nicht unbedingt in den Inhalt des Volksbegehrens vertieft haben. Auf die darin vorgesehenen materiellen Neuerungen (Bewilligungspflicht und Kündigungsschutz) haben jedenfalls nur 16% verwiesen. Überhaupt nicht erwähnt wurden schliesslich die entsprechenden Bestimmungen für das Pachtverhältnis. Dies obwohl wir immerhin über 50 Landwirte befragten und neben dem Pächterverband auch die Union des Producteurs Suisse die Ja Parole ausgegeben hatte.

Aus der Analyse der Pro Argumente zur Albatros-Initiative sind zum vornherein keine überraschenden Ergebnisse zu erwarten. 67% der befragten Urnengänger erklärten denn auch, das Volksbegehren aus Gründen des Um-

Tabelle 3 Die wichtigsten Entscheidungsmotive

Vorlage		Motiv (% der Nennungen, Merkmalsgruppen)
Mieterschutz:	Ja	Undifferenziert/Weiss Nicht (14, Landwirte) Mehr Schutz für die Mieter (59, WS*, untere Ang.) Soziale/Gerechte Lösung (9) Schutz vor ungerechtfertigten Kündigungen (4)
	Nein	Undifferenziert/Weiss Nicht (31) Initiative geht zu weit (ohne Begründung) (17, FdP) Gegen "mehr Staat" (16, WS*, SVP, LdU) Initiative richtet sich gegen das (Grund)Eigentum (12, SP)
Gegenvorschlag	Ja	Undifferenziert/Weiss Nicht (54, Landwirte) Mittlere Lösung/Kompromiss (24, SVP) Besser als Initiative (ohne Begründung) (9) Mehr Schutz für die Mieter (5)
	Nein	Undifferenziert/Weiss Nicht (57) Geht zu wenig weit (22, SP, LdU) Initiative ist besser (9, LdU) Gegen "mehr Staat" (5, FdP)
Albatros	Ja	Undifferenziert/Weiss Nicht (6) Für die Umwelt/für bessere Luft (67, untere Ang.) Damit etwas geschieht (Katalysator) (21, FdP) Für Eindämmung des Autoverkehrs (3)
	Nein	Undifferenziert/Weiss Nicht (14) Zeitlich unrealistisch (32, FdP) Inhaltlich unrealistisch (18, SVP) Verteuerung des Autofahrens (16, WS*, Landwirte, SP)
Unterschriften	Ja	Undifferenziert/Weiss Nicht (10) Verminderung der Abstimmungen (42) Anpassung an Bevölkerungszahl (38) Entlastung des Staatsapparates/Einsparungen (5)
	Nein	Undifferenziert/Weiss Nicht (20) Schutz der Minderheiten (35, SP, PdA, LdU, Rep/NA) Gegen den Abbau von Volksrechten (17, untere Ang.) Zufrieden mit jetzigem Zustand (13)
Fristenlösung	Ja	Undifferenziert/Weiss Nicht (11) Für das Recht der Selbstentscheidung (33), Arbeiter Sozialere/gerechtere Lösung (23, Alte, Landwirte) Für die Emanzipation/Befreiung der Frau (12, WS*)
	Nein	Undifferenziert/Weiss Nicht (15) Ethische/Religiöse Gründe (52, untere Ang., SVP) Zieht andere Lösung vor (8) Genug vorbeugende Mittel vorhanden (6)

* WS= Westschweiz

weltschutzes ("für die Umwelt", "für bessere Luft" etc.) unterstützt zu haben. 21% stimmten zu, um die ihrer Ansicht nach schleppenden Bemühungen der politischen Behörden um einen wirksameren Umweltschutz zu beschleunigen. Von den Gegnern hielten 32% die Vorlage für zeitlich unrealistisch. Weiteren 18% erschienen die inhaltlichen Forderungen übertrieben. Das in einer intensiven Inseratenkampagne hochgespielte Argument allgemein volkswirtschaftlicher Nachteile (Schlag gegen die Autoindustrie, Verlust von Arbeitsplätzen...) wurde hingegen nur von 5% der Nein Stimmenden erwähnt. Warum im übrigen die Städter das Volksbegehren weit positiver beurteilten als die Bewohner ländlicher Gegenden (s. Tabelle 2), zeigt sich in den Antworten auf eine Zusatzfrage. 38% (Stadt) gegenüber nur 17% (Land) halten die Luft ihrer Wohngegend für schlecht bzw. verschmutzt (Gesamtbevölkerung: 29%).

Bei den Befürwortern einer Erhöhung der Unterschriftenzahlen für Verfassungsinitiativen und Referenden hielten sich zwei verwandte Motive die Waage. 38% sahen darin eine Anpassung an die gewachsene Bevölkerungszahl. 42% stimmten zu, um die Zahl der Initiativen und Referenden bzw. der Volksabstimmungen ganz allgemein zu verringern. Den Gegnern der Vorlage ging es hauptsächlich um den Schutz von Minderheiten (35%). Interessant ist hier der Blick auf die Motive der Parteisympathisanten. Für die ablehnenden Anhänger der SP stand eindeutig der Minderheitenschutz im Vordergrund. Für diejenigen der CVP, FdP und SVP hingegen die Angst vor einer Beschränkung der Volksrechte ganz allgemein.

Mit dem Ja zur Fristenlösung verband ein Drittel der Befürworter den Wunsch, die Schwangere solle selber über die Fortsetzung oder den Abbruch ihrer Schwangerschaft bestimmen können. Ähnlich argumentierten jene 12%, die mit der Annahme der Initiative einen weiteren Schritt zur Emanzipation der Frau gehen wollten. 23% sahen in der Fristenlösung eine sozialere bzw. gerechtere Lösung. Aus Kapitel 1) wissen wir, dass die Angehörigen unterer Berufskategorien der Initiative eher ungünstig gesinnt waren. Bei der Analyse ihrer Entscheidmotive zeigt sich nun ein wichtiger Grund.

Das speziell auf sie zugeschnittene Argument, dass die bestehende Rechtsordnung Minderbemittelte diskriminiere, hat nur wenige zu einem Ja motiviert. Ob bewusst, aus Unwissen oder mangelnder Solidarität mit den Betroffenen der gleichen sozialen Schicht bleibt eine offene Frage.

Die Mehrheit der Gegner der Fristenlösung hat sich vornehmlich aus ethischen/religiösen Gründen für das Nein entschlossen (52%). 8% verwiesen auf andere Lösungen ohne diese zu konkretisieren; weitere 6% machten spezifisch auf vorbeugende Mittel zur Empfängnisverhütung aufmerksam. Wie bei den Befürwortern sind auch hier einzelne Argumente offensichtlich ohne grossen Einfluss auf das Entscheidverhalten geblieben. So wurden beispielsweise demografische Gründe (Angst vor einem zahlenmässigen Rückgang der Bevölkerung) nur von 3% der Nein Stimmenden erwähnt. Weniger als ein Prozent sogar liess die Befürchtung erkennen, die Liberalisierung des Schwanger-

schaftsabbruches befreie den Mann von der Verantwortung und schiebe diese allein der Frau zu.

3. Einstellungen und Lösungspräferenzen in der Frage des Schwangerschaftsabbruchs

Im Falle der Fristenlösung haben wir neben den direkten Entscheidmotiven für oder gegen die Vorlage zusätzlich die allgemeine Einstellung der Bevölkerung zum Problem des Schwangerschaftsabbruches abgeklärt. Sämtlichen Befragten, also auch jenen, die sich am 25. September nicht an die Urnen begeben hatten, wurden schriftlich acht Aussagen zum Schwangerschaftsabbruch vorgelegt. In Tabelle 4) ist ersichtlich, welcher Prozentsatz der Befragten sich mit dem jeweiligen Argument für oder gegen die Unterbindung der Schwangerschaft identifizierte bzw. sich mit der Aussage einverstanden erklärte. Neben den wichtigsten Merkmalsgruppen haben wir auch die Abstimmungs-Teilnehmer und zwar getrennt nach Befürwortern und Gegnern der Fristenlösungs-Initiative ausgeschieden. Aus der errechneten Differenz zwischen den Gruppen des gleichen Merkmals lässt sich ersehen, wie weit diese in der Beurteilung der jeweiligen Aussage übereinstimmen (Zahl in Klammern). Je grösser die Differenz, desto kleiner die Übereinstimmung.

Die acht Aussagen werden von den beiden konfessionellen Gruppen eindeutig am unterschiedlichsten beurteilt. (Ausnahme: DS/WS, Aussage 5) Dort wo die Einstellungen der Katholiken und Protestanten am wenigsten übereinstimmen, zeigen sich auch die grössten Differenzen zwischen den Befürwortern und Gegnern der Fristenlösung (Aussagen 2, 3 und 4). Interessanterweise sind die eher ethischen Argumente gegen den Schwangerschaftsabbruch nicht dabei. Aussage 1 und 5 wird auch von einer Mehrheit der Protestanten bzw. der Befürworter der Fristenlösung unterstützt. Der Entscheid für oder gegen die Fristenlösung war weniger ein Entscheid über "richtig oder falsch", als vielmehr eine Frage der Gewichtung einzelner, von keiner Seite absolut bestrittener Argumente. Die Befürworter haben das Recht auf Selbstbestimmung (s. Tabelle 3), sowie soziale Überlegungen (Aussage 2 und 4) über ethische Normen gestellt. Für die Gegner der Fristenlösung ist den ethischen Überlegungen absolute Priorität einzuräumen. Wichtigstes Kriterium für die Gewichtung war die Konfession.

Von beiden Seiten überhaupt nicht akzeptiert wurden nur je zwei Argumente. Für vier Fünftel der Befürworter sind Verhütungsmittel eine ungenügende Alternative (Aussage 3). Ein gleicher Anteil teilt die Ansicht nicht, dass der

Schwangerschaftsabbruch den Mann von Verantwortung befreie. (Aussage6). Über 80% der Gegner sehen in der Fristenlösung weder ein Mittel gegen die Überbevölkerung noch glauben sie, die Frau damit seelisch entlasten zu können (Aussage 8).

Welche Alternativen zur Fristenlösung bieten sich an? Wir haben den Befragten Lösungsvorschläge unterbreitet, die im Zusammenhang mit dem Problem des Schwangerschaftsabbruchs diskutiert werden. Zur Auswahl standen: eine über die Fristenlösung hinausgehende Liberalisierung, die im neuen Verfassungsartikel vorgesehene erweiterte Indikationenlösung (u.a. mit sozialer Indikation), eine restriktivere Variante mit nur medizinischer Indikation sowie die Beibehaltung des Status-Quo. Tabelle 5) zeigt die Lösungspräferenzen wichtiger Merkmalsgruppen der Gesamtbevölkerung. Bei den Gegnern und Befürwortern der Fristenlösung wurde zusätzlich nach Urnengängern und Nicht Urnengängern (25. September) unterschieden:

Die erweiterte Indikationenlösung wird von 40% der Bevölkerung unterstützt. Die Westschweizer, untere Angestellte/Beamte sowie die Anhänger der PdA und des Landesrings würden ihr aber eine völlige Freigabe vorziehen. Auf der anderen Seite vereinigen die älteren Stimmbürger, die Bewohner ländlicher Gebiete, die Katholiken und (noch einmal) die unteren Angestellten/Beamten mehr Stimmen auf die beiden restriktiveren Varianten (medizinische Indikation oder Status Quo). Interessant ist die klare Polarisierung bei der Berufsgruppe "untere Angestellte/Beamte". Im weiteren fällt auf, dass sich Westschweiz und deutsche Schweiz in den konkreten Lösungspräferenzen noch weit stärker unterscheiden, als dies schon in der Abstimmung über die Fristenlösung zum Vorschein gekommen ist.

47% der Befürworter der Fristenlösung und 36% ihrer Gegner scheinen zu einem Kompromiss bereit. Ob diese Minderheit in einer Volksabstimmung, wo sich nicht wie in unserer Umfrage vier Alternativen gegenüberstehen, zur Mehrheit würde, ist nur schwer abzuschätzen. Erst ein allfälliger Abstimmungskampf würde entscheiden, wie weit sich die beiden weniger kompromissfreudigen Lager in einer geschlossenen Front gegen die zu liberale bzw. zu konservative Indikationenlösung fänden.

4. Kenntnisstand und Meinungsbildung

Im Zentrum der Interessen stand eindeutig die Fristenlösungs-Initiative. 97% der Befragten konnten sich in einer Frage nach den Themen des letzten Urnenganges an sie erinnern. Über drei Viertel haben die damit anvisierten Ziele re-

Tabelle 4 Einstellungen zur Frage des Schwangerschaftsabbruches

Aussage	Merkmalsgruppen Total DS/WS* "Einverstanden" in %		Stadt/Land		Prot./Kath.		Urnengänger Ja Nein	
Der Schwangerschaftsabbruch — z. Bsp. bei der Fristenlösung — ...								
1) ... ist in jedem Fall verbunden mit der Tötung von keimendem Leben	68	70 62 (8)**	64 72 (8)	63 76 (13)	52 89 (37)			
2) ... macht auch den wirtschaftlich Schwachen eine gesetzlich erlaubte Abtreibung möglich	72	74 66 (8)	74 69 (5)	81 56 (25)	92 49 (43)			
3) ... ist überflüssig, weil eine ganze Reihe von Verhütungsmitteln allgemein zugänglich sind	43	45 38 (7)	38 50 (12)	33 57 (24)	19 67 (48)			
4) ... verhindert das sogenannte "unerwünschte Kind"	53	55 47 (8)	57 47 (10)	61 41 (20)	73 35 (38)			
5) ... kann bei Frauen erwiesenermassen "Schuldgefühle" hervorrufen	63	68 53 (15)	62 65 (3)	59 70 (11)	56 80 (24)			
6) ... befreit den Mann von Verantwortung und schiebt diese allein der Frau zu	30	31 27 (4)	29 31 (2)	25 36 (11)	21 43 (22)			
7) ... ist ein Mittel gegen die weitere Überbevölkerung	26	26 25 (1)	27 24 (3)	30 21 (9)	31 18 (13)			
8) ... befreit die Frau von seelischer Angst	37	36 38 (2)	41 30 (11)	44 26 (18)	52 18 (34)			

Tabelle 5 Lösungspräferenzen in der Frage des Schwangerschaftsabbruchs

Merkmalsgruppe	Völlige Freigabe (in Prozent)	Erweiterte Indikation	Mediz. Indikation	Status-Quo
Total	25	40	12	22
Mann	27	40	10	22
Frau	24	40	13	22
20-39 Jahre	30	43	10	17
40-64 Jahre	20	43	13	24
65-84 Jahre	24	27	15	29
deutsche Schweiz	21	44	12	22
Westschweiz	36	30	10	20
Stadt	29	43	8	19
Land	20	36	17	25
Leitende Ang./Beamte und selbständig Erwerbende	28	43	12	15
Ang./Beamte in mittleren Positionen	27	47	4	22
Untere Ang./Beamte	33	24	14	29
Landwirte	15	41	18	25
Arbeiter/manuell Tätige	25	38	13	23
Protestanten	30	47	8	14
Katholiken	19	33	16	30
CVP-Sympathisanten	7	29	20	44
FdP	20	49	11	20
SP	31	47	10	11
SVP	10	55	19	16
LdU	38	35	10	17
Rep/NA	13	38	--	50
PdA	54	39	--	8
Urnengänger 25.Sept:				
Fristenslg. Ja	44	47	5	3
Fristenslg. Nein	5	36	18	40
Nicht Urnengänger 25.Sept:				
Fristenslg. Ja *	47	42	2	8
Fristenslg. Nein *	4	34	22	39

* Die nicht Urnengänger wurden gefragt, wie sie am 25. Sept. gestimmt hätten (s. auch Kap. 5)

genau umschrieben. Auf der anderen Seite wussten nur noch 61%, dass auch über einen Gegenvorschlag zur Mieterschutzinitiative zu befinden war. Weniger als 14% konnten genauere Angaben über dessen Inhalt machen.

Die grosse Zahl von Vorlagen hat eine eigene Meinungsbildung zu jedem Problem stark erschwert oder gar verunmöglicht (s. Kap. 2). Dennoch haben die Stimmbürger offensichtlich nicht überdurchschnittlich von Entscheidungshilfen Gebrauch gemacht. Die Parolen der Parteien waren bei ihren Anhängern noch schlechter bekannt als in den beiden Abstimmungen vom März und Juni:

Tabelle 6 Kenntnis der Parteiparolen

Partei	Mieterschutz	Gegenvorschlag	Albatros	Unterschriften	Fristenlösung
	Anteil an richtigen Antworten in %				
CVP	40	35	50	57	78
FdP	49	34	53	53	36
SP	64	56	38	49	57
SVP	29	26	29	45	24
LdU	14	10	17	24	41
PdA	83	69	46	54	69
Rep./NA	*	*	63	63	*

* Die beiden in unserer Stichprobe zusammengefassten Parteien haben verschiedene Parolen ausgegeben.

Tabelle 6) zeigt, dass im Durchschnitt weniger als die Hälfte der Parteisympathisanten die entsprechenden Parolen ihrer Partei richtig nennen konnten. Eine Ausnahme bilden nur die CVP-Anhänger bei der Fristenlösungs-Initiative sowie die Sympathisanten der SP und der PdA bei der Mieterschutz-Initiative. Bei der Beurteilung einzelner Resultate wäre allerdings zu berücksichtigen, dass mehrere Kantonalparteien abweichende Parolen ausgegeben hatten.

Etwas besser bekannt waren die Stimmempfehlungen von Regierung und Parlament. Im Durchschnitt wussten etwa zwei Drittel der Urnengänger, ob sie mit ihrem Entscheid dem Ratschlag der Bundesversammlung gefolgt sind. Tabelle 7) zeigt den Zusammenhang zwischen Kenntnisstand und Stimmverhalten. Ihr ist also zu entnehmen, wieviel % der jeweiligen Befürworter und Gegner einer Vorlage die entsprechende Stimmempfehlung der Bundesversammlung kannten:

Tabelle 7 Die Kenntnis der Empfehlung der Bundesversammlung bei den Befürwortern und Gegnern der einzelnen Vorlagen

Vorlage	Urnengänger Vorlage befürwortet Anteil an richtigen Antworten in %	Urnengänger Vorlage abgelehnt
Mieterschutz	70	66
Gegenvorschlag	73	71
Albatros	52	63
Unterschriften	72	68
Fristenlösung	41	45

Nur im Falle der Albatros-Initiative ist ein eindeutiger Zusammenhang zwischen der Kenntnis der Stimmempfehlung und dem Abstimmungsverhalten sichtbar. Bei der Mieterschutz-Initiative waren die Befürworter sogar besser über das Nein der Behörden informiert als die Gegner der Vorlage.

5 Stimmbeteiligung und Abstimmungsresultat

Am 25. September ging rund die Hälfte der Stimmbürger an die Urnen. Der Blick auf die Entscheidungsmotive, den Kenntnisstand und die Art der Meinungsbildung hat gezeigt, dass sie vor allem die Fristenlösungs-Initiative zum Urnengang motivierte. Das überdurchschnittliche Interesse der Bevölkerung an der Frage des Schwangerschaftsabbruchs widerspiegelt sich aber noch in einem anderen Ergebnis. Wir haben alle jene Interviewten, die sich am 25. September nicht an die Urnen begeben hatten, gefragt, wie sie sich zu den einzelnen Vorlagen geäußert hätten. Bei allen Vorlagen mit Ausnahme der Fristenlösungs-Initiative schwankt der Anteil an "Weiss Nicht" Antworten zwischen 23% (Albatros) und 50% (Gegenvorschlag). Zu der Fristenlösung haben sich hingegen nur 9% der Nicht-Urnengänger keine Meinung gebildet.

Wie sich das Abstimmungsresultat bei einer zusätzlichen Teilnahme aller "Nicht Urnengänger mit einer Meinung zum Problem" (d.h. ohne "Weiss Nicht" Antworten) verändert hätte, ist in Tabelle 8) ersichtlich. Zum Vergleich ist in Klammern hinter den jeweiligen Ja/Nein Anteilen das entsprechende Resultat der Urnengänger wiedergegeben (Vgl. Tabelle 2):

In unseren fiktiven Abstimmungsresultaten erscheinen zwei der drei Initiativen als Sieger. Bei einer Beteiligung aller "Stimmbürger mit Meinung" hätten die Mieterschutz- und die Fristenlösungs-Initiative möglicherweise eine Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigt. (2)

Ob sich allerdings dabei auch eine Mehrheit der Stände für die beiden Initiativen entschieden hätte, kann mit unserer Stichprobe nicht abgeklärt werden.

Tabelle 8 Das fiktive Abstimmungsresultat bei Teilnahme aller Stimmbürger mit einer Meinung zum Problem

Stimmverhalten	Mieterschutz Anteil in % (in Klammern:Urnengänger)	Gegenvorschlag	Albatros	Unterschriften	Fristenlösung
Ja	52 (48)	30 (34)	46 (44)	63 (62)	51 (48)
Nein	48 (52)	70 (66)	54 (36)	37 (38)	49 (52)

Bei den Volksbegehren hätten vor allem die daheimgebliebenen Frauen sowie die jüngeren Stimmbürger (20-39 j.) deutlich anders entschieden als die aktiveren Angehörigen der entsprechenden Merkmalsgruppen. In Tabelle 9) ist das tatsächliche Stimmverhalten der Urnengänger dieser beiden Gruppen, dem fiktiven Verhalten der Nicht Urnengänger gegenübergestellt. Zum besseren Vergleich sind jeweils auch die korrigierten Zahlen angegeben. Dabei wurden bei den Urnengängern die verweigerten Antworten proportional auf die Ja und Nein Anteile aufgeteilt (entsprechend Tabelle 2) und bei den Nicht-Urnengängern alle "Weiss Nicht" Antworten nicht berücksichtigt (entsprechend Tabelle 8):

Tabelle 9 Die Einstellung der Frauen und jüngeren Stimmbürger zur Mieterschutz- und Fristenlösungs-Initiative getrennt nach Urnengänger und Nicht-Urnengänger

Vorlage	Frauen		jüngere Stimmbürger (20-39)					
	Urnengänger korr.	Nicht-Urneng. korr.	Urnengänger korr.	Nicht-Urneng. korr.	Urnengänger korr.	Nicht-Urneng. korr.		
Mieterschutz								
Ja	44	48	48	73	44	51	42	68
Nein	46	52	18	27	42	49	20	32
Verweigert/W.N.	10		34		14		38	
Fristenlösung								
Ja	39	43	49	53	54	58	60	63
Nein	52	57	43	47	40	42	34	37
Verweigert/W.N.	9		8		6		6	

Die Stimmbeteiligung der Frauen und der jüngeren Stimmbürger lag je etwa 12% unter der Beteiligung der Männer bzw. der Angehörigen der mittleren Altersklasse (40-64 j.). In unserer Stichprobe hätte eine den Männern entsprechende Beteiligung der Frauen zu einem Ja zur Mieterschutz-Initiative

geführt. Mit 20% mehr jüngeren Stimmbürgern (bzw. einer Beteiligung, die 8% über derjenigen der mittleren Altersklasse lag) wäre die Fristenlösung angenommen worden. Die Zahlen sind zwar rein spekulativ. Ihre Höhe wirkt in Anbetracht der Interessenlage der beiden Gruppen aber keineswegs utopisch.

Anmerkungen

- (1) s.z.Bsp. H. Krebs, "Von Genf bis Innerrhoden" Eine Analyse der Abstimmungsergebnisse zur Fristenlösung, in NZZ, 250, 25.10.77, S. 31.
- (2) Das Resultat wirkt umso erstaunlicher, wenn man bedenkt, dass Unentschlossene (in diesem Falle: Nicht Urnengänger) ihre Meinungen in Nachbefragungen meistens der siegreichen Mehrheit anpassen. Methodische Fehler wären also eher noch zugunsten der Ja Anteile zu korrigieren.

Analyse der eigenössischen Abstimmung vom 25. September 1977

Zusammenfassung der Hauptergebnisse

Die Nachanalyse zu Volksentscheiden, wie sie jetzt zum dritten Mal vorgelegt werden, erscheinen umso unentbehrlicher, je weniger umstrittene Vorlagen als erledigt gelten können, auch wenn sie verworfen worden sind. Am 25. September hatte der Souverän über *sechs verschiedenartige Vorlagen* abzustimmen: über drei Initiativen (Fristenlösung, Albatros, Mieterschutz), einen Gegenvorschlag zu dieser letzten sowie über die Erhöhung der Unterschriftenzahlen von Referendum und Initiative.

Auch wenn einzelne Entscheide sehr knapp ausgefallen sind, lassen sich sehr verschiedenartige und aufschlussreiche Hintergründe für das Ja und Nein aufdecken, wenn man die *Stimmbürger darüber befragt*. Bei einem Verhältnis von 48% Ja zu 52% Nein bei der Fristenlösung waren z.Bsp. die Männer und Jungen (20-39 J.) beim Ja mit 53% und 58%, die Frauen und Alten (65-84 J.) dagegen beim Nein mit 57% und 68% stark übervertreten. Unerwartet ist auch die Übervertretung der Arbeiter beim Nein (56%). Etwas einheitlichere Fronten bildeten sich beim Ja zum Mieterschutz und zur Albatros-Initiative und beim Nein zu der Erhöhung der Unterschriftenzahlen heraus. Es scheint hier einen oppositionellen Block zu geben, mit Schwerpunkt in städtischen Gebieten, z.T. in der französischen Schweiz, in unteren und mittleren Sozialschichten und bei Anhängern oppositioneller Parteien (Sozialdemokratie, PdA, z.T. Landesring, Republikaner und Nationale Aktion). Es ist aber interessant, dass das Bewusstsein für gewisse Erscheinung schwächer ausgebildet ist, als dies im Ja und Nein zum Ausdruck kommt. So halten nur 29% der Befragten die Luft für schlecht (38% in der Stadt). Nur 3% begründen ihr Nein zur Fristenlösung mit der Erscheinung, dass in der Schweiz weniger Geburten als Todesfälle zu verzeichnen sind.

Noch stärker als in der Abstimmung vom letzten März hat man sich im Hinblick auf den 25. September zu fragen, wie es sich auf die *Stimmbürger* auswirkt, *dass derartig verschiedenartige Vorlagen zusammengekoppelt werden*. Folgt daraus ein Anreiz zur Teilnahme, bessere Kenntnis der Abstimmungsgegenstände und eine differenzierte Stimmgebung? Ohne Zweifel trug die Fristenlösung zur heute als hoch empfundenen Beteiligung von 52% bei. Fast sämtliche Befragten (also auch die Nichtstimmenden) wussten, um was es dabei ging; nahezu 90% hatten sich eine motivierte Meinung gebildet (nur 9% der Nichturnengänger waren unentschieden). Doch stand die Initiative derartig

im Vordergrund des Interesses, dass nur etwas mehr als 40% die Alternativlösung der Bundesversammlung in Erwägung zogen, gegen die heute Referendumsunterschriften gesammelt werden.

Aber auch wenn die Fristenlösungsinitiative die *anderen Vorlagen überschattete*, zeigt das Resultat sämtlicher Abstimmungen doch, dass die Stimmbürger recht gut zu unterscheiden wussten. Freilich wird die Motivierung für ein Ja und ein Nein dem Stimmbürger nicht mehr so einfach gemacht wie früher, weil er komplizierte Vorlagen nicht mehr auf ein umfassendes und gleichzeitig vereinfachtes Entweder-Oder zurückführen kann. Dies zu tun, war nur bei der Albatros-Initiative möglich. Zwei Drittel der Befragten betrachteten sie einfach als Entscheid für und gegen den Umweltschutz. Schon bei der Fristenlösung zersplitterten sich die Motive. Nur 30% der Befürworter wollten damit für eine individuelle freie Entscheidung demonstrieren, und nur 50% gaben ethisch/religiöse Motive für das Nein an. Kaum eingeschlagen hat das Argument, dass beim heutigen Recht die Minderbemittelten stark benachteiligt sind. Der heutige Mensch entscheidet also oft weniger nach "richtig" oder "falsch", sondern muss zwischen Argumenten abwägen, die von keiner Seite absolut bestritten werden.

Gerade darum hatten die Abstimmenden Mühe, z.Bsp. beim *Mieterschutz* die realen Vor- und Nachteile (z. Bsp. Schutz vor ungerechtfertigter Kündigung) wirklich in ihre Wahl einzubeziehen. Die Nein-Argumente waren zersplittert: 16% demonstrierten gegen "mehr Staat", 12% gegen die Beeinträchtigung des Grundeigentums und 17% einfach dagegen, dass die Initiative "zu weit gehe". Mehr als die Hälfte wussten nichts mit dem Gegenvorschlag anzufangen, und mehr als 80% kannten seinen Inhalt überhaupt nicht! In einer solchen Lage ist es nicht unwichtig, dass der Bürger noch auf *einfache Vernunftsgründe ansprechbar* ist. Bei der Erhöhung der Unterschriftenzahlen motivierten die Ja-sager ihre Stellungnahme zu über 40% damit, dass sich die Zahl der Stimmberechtigten vermehrfacht habe, und dass man mit Abstimmungen nachgerade überfüttert sei.

Wären die *Abstimmungsergebnisse* anders ausgefallen, wenn die *Stimmbeteiligung höher* gewesen wäre? Von den Befragten bekannte sich ein Teil dazu, nicht an die Urnen gegangen zu sein. Trotzdem vertraten viele von ihnen eine bestimmte Meinung. Hätten sich diese Stimmenthalter ins Stimmlokal bemüht, wären Mieterschutz und Fristenlösung mit 52% und 51% vom Volke angenommen worden. Über das Ständemehr lässt sich natürlich nichts sagen. Da die Stimmbeteiligung von Frauen und Jungen (20-39 J.) 12% unter derjenigen der Männer bzw. der Angehörigen der mittleren Altersklasse (40-64 J.) lag, hätte wahrscheinlich schon eine entsprechend höhere Beteiligung dieser Gruppen genügt, dass Mieterschutz und Fristenlösung angenommen worden wären.

Da das *Referendum* gegen die von den Räten ausgearbeitete "erweiterte Indikationenlösung" beim *Schwangerschaftsabbruch* ergriffen worden ist dürfte

die Stellungnahme der Befragten zu diesem Problem von Interesse sein. Diese konnten dabei — im Hinblick auf einen weiteren Anlauf — zwischen vier Lösungen auswählen: Völlige Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs, erweiterte Indikation, bloss medizinische Indikation, bestehender Zustand. Am meisten Stimmen (40%) vereinigte die erweiterte Indikation. Selbst wer am 25. September ein Ja zur Fristenlösung einlegte, würde heute zu 47% für die obige Lösung eintreten. Die Neinsager würden ihr mit 36%, dem bestehenden Zustand aber mit 40% zustimmen.

Analyse des votations fédérales du 25 septembre 1977

Récapitulation des résultats principaux

Les analyses postérieures aux décisions populaires, comme celle, troisième du genre, que nous vous présentons, apparaissent d'autant plus indispensables que croît le nombre de projets controversés qui, même s'ils ont été rejetés, ne sont pas réglés pour autant. Le 25 septembre, le souverain avait à se prononcer sur *six objets très différents*: trois initiatives (solution du délai, Albatros, protection des locataires), le contre-projet de cette dernière et l'augmentation du nombre de signatures pour l'initiative et le référendum.

Même lorsque certaines décisions se sont faites de peu, des motifs révélateurs et variés en faveur du oui ou du non peuvent être découverts, pour peu que l'on *interroge le citoyen*. Alors que la solution du délai a été repoussée par 52% de non contre 48% de oui, on constate que les hommes (53% de oui) et les jeunes de 20 à 39 ans (58%) sont surreprésentés chez les partisans, alors que les femmes (57% de non) et les personnes de 65 à 84 ans (68%) le sont chez les adversaires. La surreprésentation des opposants dans les rangs des travailleurs (56%) est également inattendue. Des fronts plus homogènes se sont formés à l'occasion du oui à la protection des locataires et à l'initiative Albatros et du non à l'augmentation des signatures. Il semble qu'il existe là un bloc oppositionnel, concentré dans les régions urbaines, partiellement en Suisse romande, dans les couches sociales moyennes et inférieures et chez les adhérents des partis d'opposition (socialiste, parti du Travail, en parti chez les indépendants, les républicains et l'Action nationale). Il est intéressant de constater que la conscience de certains faits est moins fortement constituée que le oui et le non l'expriment. C'est ainsi que seulement 29% des personnes interrogées considèrent l'état de l'air comme mauvais (38% dans les villes). Seuls 3% fondent leur non à la solution du délai sur le fait que la Suisse compte moins de naissances que de décès.

Bien plus que lors de la votation de mars dernier, il faut se demander quel effet exerce la réunion de projets si différents sur le citoyen. S'ensuit-il un encouragement à la participation, une meilleure connaissance des objets soumis au vote, un choix plus différencié? Sans aucun doute, la solution du délai a sensiblement contribué à ce que soit atteint les 52% de participation. Presque toutes les personnes interrogées (donc également les abstentionnistes) savent de quoi il en retourne; près de 90% des votants se sont formé une opinion fondée (seul 9% des abstentionnistes étaient sans avis). L'initiative a cependant telle-

ment focalisé les intérêts que seuls un peu plus de 40% prirent en considération le contre-projet des Chambres fédérales, contre lequel un référendum est lancé aujourd'hui.

Bien que l'initiative en faveur de la solution du délai ait repoussé dans l'ombre les autres projets, le résultat d'ensemble de la votation montre que le citoyen a fort bien su faire la différence. Il est vrai que la motivation d'un oui ou d'un non ne se fait plus aussi simplement que par le passé, car la complexité des projets actuels ne se laisse plus résoudre par un "ou bien ou bien" simplificateur et totalisant. Cela ne fut possible que pour l'initiative Albatros. Deux tiers des personnes interrogées la considèrent simplement comme un choix pour ou contre la protection de l'environnement. A propos de la solution du délai, les motifs se nuancent déjà. Seuls 30% des partisans visent ainsi à se prononcer en faveur d'une décision individuelle et libre, alors que seuls 50% des opposants justifient leur position par des raisons éthico-religieuses. L'argument selon lequel le droit actuel défavorise les économiquement faibles a peu porté. Le citoyen décide donc moins souvent selon le schéma manichéiste du "faux" et du "vrai", mais doit peser des arguments dont la validité ou l'invalidité ne sont pas absolues.

C'est justement pour cela que les votants eurent de la peine, à propos de la *protection des locataires*, à prendre effectivement en compte les avantages et désavantages réels (p.ex. protection contre les résiliations de bail injustifiées). Les arguments du non se sont dispersés: 16% ont protesté contre un étatsisme envahissant, 12% contre les entraves ainsi posées à la propriété foncière et 17% simplement parce que l'initiative "allait trop loin". Plus de la moitié ne savaient que penser du contre-projet et plus de 80% ne connaissaient absolument pas son contenu! Dans une telle situation, il n'est pas sans importance que le citoyen reste encore disponible à *de simples questions de raisonnement*. Ainsi plus de 40% des partisans de l'augmentation du nombre de signatures fondèrent leur position en constatant l'accroissement du nombre de citoyens et la fréquence malsaine des votations.

Les résultats de la votation auraient-ils été différents si la participation avait été plus élevée? Une partie des personnes interrogées ont reconnu ne pas être allées aux urnes. Malgré cela beaucoup d'entre elles ont exprimé une opinion précise. Si ces abstentionnistes s'étaient rendus à l'isoloir, la protection des locataires et la solution du délai auraient été acceptées par le peuple, avec respectivement 52% et 51% de oui, sans tenir compte, bien sûr, de la majorité des cantons. Comme la participation des femmes et des jeunes (20-39 ans) se situe 12% au dessous de celles des hommes, respectivement de la classe d'âge moyenne (40-64 ans), une élévation correspondante du taux de participation du premier groupe aurait déjà permis l'acceptation de ces deux initiatives. Comme le référendum est lancé contre le contre-projet des Chambres (indications élargies) en matière d'interruption de grossesse, il est intéressant de connaître l'opinion des personnes interrogées à ce sujet. Celles-ci pouvaient —

en prévision de développements futurs — choisir entre 4 solutions: avortement complètement libre, indications élargies, indications médicales uniquement, situation actuelle. Les indications élargies ont recueilli le plus d'avis favorables (40%). Même ceux qui le 25 septembre ont voté pour la solution du délai se prononceraient aujourd'hui à 47% pour les indications élargies, 36% des opposants l'accepteraient, contre 40% favorables à la situation actuelle.